



Resolution des Präsidiums  
verabschiedet von der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Oktober  
2011 in Biel

## **Milliarden für neue Kampfflugzeuge und gleichzeitig Sozialabbau. Und alles am Volk vorbei. Ohne uns!**

Das Parlament hat entschieden, dass die Armee neu über 5 Milliarden Franken kosten soll. Und dass die Schweiz für mehrere Milliarden Kampfflugzeuge beschafft. Zudem haben sich die bürgerlichen Parteien auch mit einer ihrer Hauptforderungen durchgesetzt: Die Kampfflugzeug-Milliarden sollen am Volk vorbei geschmuggelt werden. Dieser Entscheid ist unverständlich und verantwortungslos. Die bürgerliche Mehrheit widerspricht damit allen gemachten Versprechen, verschweigt bewusst die Folgen und handelt zutiefst undemokratisch. Die SP will dafür sorgen, dass das Volk mitreden kann.

**Die Delegiertenversammlung beauftragt die Geschäftsleitung, einen Volksentscheid über die Kampfjet-Milliarden zu ermöglichen. Sollte das mit einem Referendum nicht möglich sein, bereitet die Geschäftsleitung im Rahmen eines breiten Bündnisses eine Volksinitiative vor, welche die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge im Verlauf der kommenden zehn Jahre ausschliesst. Die GL unterbreitet der DV vom 3. Dezember ein konkretes Projekt.**

### Begründung:

Erstens widersprechen die Milliardenausgaben allen bisher von bürgerlicher Seite gemachten Versprechen. Die FDP verlangt in ihrem aktuellsten militärpolitischen Positionspapier vom Juli 2007, dass der Armee ein „jährlicher Durchschnitt im Bereich von 4 Mrd. Schweizer Franken“ zur Verfügung stehen soll. Im Positionspapier der SVP (vom 10. November 2009) ist zu lesen, dass die „richtige Höhe des für die Armee notwendigen finanziellen Betrages ... nicht nach der Wunschliste des Militärs bestimmt“ werden kann, sondern es gehe darum „mit den vorhandenen Mitteln (rund 4 Milliarden) den Auftrag zu erfüllen.“ Und auch die CVP erklärte in ihrem aktuellen Armeepapier vom Sommer 2010 und in ihrem diesjährigen Wahlvertrag, dass der Armee mittel- bis längerfristig 4 Milliarden zur Verfügung stehen sollen.

Zweitens verschweigen die bürgerlichen Parteien vor den Wahlen ganz bewusst die Folgen ihres Entscheides. Es ist klar: Die zusätzlichen Milliarden für Kampfflugzeuge müssen in anderen Bereichen eingespart werden. Ein vom Tages-Anzeiger diesen Frühsommer publiziertes Papier des Bundes zeigte es bereits klar auf. Abgebaut werden müsste etwa bei der Bildung, dem Verkehr oder der Entwicklungszusammenarbeit. Das Finanzdepartement bestätigt dies diese Woche: Der Abbau in anderen Bereichen ist unausweichlich. Milliarden für Militärflugzeuge statt Investitionen

in Bildung. Oder Milliarden für Militärflugzeuge, dafür Abbau beim öffentlichen Verkehr. Oder Milliarden für Militärflugzeuge, dafür Sozialabbau.

Drittens mogeln die bürgerlichen Parteien die Milliardenausgaben dem Volk vorbei. Die bürgerlichen Parteien und die selbsternannten „Volks-Parteien“ interessieren sich offensichtlich einen Deut um die Meinung des Volkes. Der SP-Antrag, die Milliardenausgaben dem Volk vorzulegen, wurde abgelehnt. Das ist zutiefst anti-demokratisch und zeugt von der grossen Angst von CVP, FDP und SVP, in einer Abstimmung über neue Kampfjets zu unterliegen. Die Angst ist nachvollziehbar. Das Vorgehen nicht.

Viertens ist es unsinnig, sich mit einer übergrossen Armee und weiteren Kampfflugzeugen auf Szenarien vorzubereiten, die von einem grossen Krieg in Europa ausgehen. Die friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Schweiz liegen anderswo: in der wirksamen Bekämpfung der Klima- und Hungerkrise, in einer aktiven Friedens- und Menschenrechtspolitik und im gezielten Beitrag der Schweiz zum Schutz der Zivilbevölkerung, die unter gewaltsam ausgetragenen Konflikten leidet. Die Schweiz wendet viel zu viel für die Armee und Aufrüstung auf und viel zu wenig für die nachhaltige Entwicklung, eine wirksame Bekämpfung der Armut und eine zukunftsweisende Friedenspolitik.

Fünftens verfügt die Schweiz längst über einen wirksamen Luft-Schirm. Die Anforderungen einer auch in Zukunft funktionstauglichen Luftpolizei lassen sich ohne Aufrüstung, zu reduzierten Betriebskosten und weniger Lärm realisieren. Die Ausstattung der Schweizer Luftüberwachung mit modernen Flugzeugen ist gut und im internationalen Vergleich auch nach Ausmusterung der Tiger weit überdurchschnittlich. Es braucht also schlicht keine neuen Kampfflugzeuge.

Milliarden zur Befriedigung realitätsferner Vorstellungen einiger Generäle. Und gleichzeitig Abbau bei Bildung, öffentlichem Verkehr und Sozialem. Und das alles am Volk vorbei. Da macht die SP nicht mit.